

Nach der Bundestagswahl - Wie geht es weiter?

Referat von Heinz Stehr

Hat es politische Verschiebungen gegeben?

Es hat eine Bestätigung der bisher tragenden politischen Kräfte dieses neoliberalen Kapitalismus gegeben. CDU / CSU haben ihren Einfluss ausbauen können. In dieser durch Parteien repräsentierten, parlamentarisch verfassten Republik hat das politische Konzept der auf Kapitalinteressen festgelegten Partei eine Massenbasis. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse sind aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler die günstigsten im weltweiten Vergleich.

Die Zukunftsvorstellungen sind von Erwartungen, Hoffnungen auf bessere Verhältnisse für die Bevölkerungsmehrheit geprägt. Die Krise hat Auswirkungen, aber messbar für die Mehrheit der Bevölkerung, erträgliche Folgen. Das Vertrauen in diese politische Kraft ist ungebrochen. Ein steigender Anteil der Bevölkerung hat sich durch die Medienkampagne für diese Art der Auswahl - Demokratie auch "zurück" gewinnen lassen. Die Wahlbeteiligung ist gestiegen.

Der FDP Verlust ist kaum von politisch - strategischer Bedeutung: Teile der Grünen; AFD und die CDU / CSU decken deren politische Felder ab. Ob sie in der Zukunft erneut gebraucht wird, ist nicht zu erkennen. Ich tendiere eher zur Ansicht des möglichen Zerfalls der FDP, wie in der Geschichte der BRD beim BHE oder der DP.

Die SPD / Grüne Variante ist eine Spielart gleicher neoliberaler Grundausrichtung analog den bürgerlichen Parteien geblieben. Die teilweise formulierte Selbstkritik und Kritik an der Sozialpolitik, so an der Agenda 2010 und Hartz IV, war Taktik und ist auch als solche von Wählerinnen und Wählern entlarvt und erkannt worden. Das SPD Krisenbewältigungskonzept ist im wesentlichen die Unterstützung der Merkel Konzeption. Ausgeprägter als bei der CDU / CSU sind Versuche der SPD, die Wünsche von Teilen des Kapitals nach Veränderungen in Bildungs- und Sozialbereich umzusetzen, dies auch, um den Bewegungen Aktionsräume zu nehmen.

Die Krise des Reformismus, schon seit einiger Zeit von der DKP festgestellt, ist in der Rot / Grünen Politikvariante offenkundig und drückt sich auch in der Stimmenabgabe für diese Parteien aus. Ein eigenständiger politisch alternativer Ansatz zu Merkel lässt sich nicht erkennen, auch nicht für Wählerinnen und Wähler beider Parteien. Der Aufschwung der Grünen war offensichtlich Fukushima-bedingt. Der grüne Kapitalismus wird mit Altmeier / Merkel genauso identifiziert wie mit den "Grünen".

Wahrscheinlich in Übereinstimmung oder Absprache mit den Vertretern des Großkapitals, der Banken, und teilweise konservativen, neoliberalen Politik, etabliert sich, wie in fast allen EU Staaten, eine populistische, konservative, teilweise nationalistische und reaktionäre Politikvariante. Ob diese Struktur und das Führungspersonal bleiben werden, wird sich zeigen – dass eine solche Kraft Resonanz hat ist mit 4,7% bewiesen. Die "Alternative für Deutschland" ist offensichtlich in der Lage, rechte bis hin zu neofaschistisch. Kräfte zu binden und allgemeinen Protest für sich zu nutzen. Sie erhält nach der Wahlanalyse von verdi. auch 340.000 Stimmen von der Partei „Die Linke“. Das waren vermutlich reine Proteststimmen. Sie erhält materielle, personelle und logistische Unterstützung von der Bourgeoisie Sie fungiert schon jetzt auch als Reserve und Druckpotential von rechts.

Die Partei „Die Linke“ hat sich im Parlament behaupten können. Sie wird auch als der politische Arm vieler außerparlamentarischer Bewegungen wahrgenommen. Sie ist die politische Heimat von DDR geprägten Menschen und von SPD Mitgliedern, denen linke Positionen unabdingbar sind. Es ist das Verdienst der PDL in dieser Situation, den berechtigten, mehrheitlich in der Bevölkerung getragenen Antikriegspositionen und sozialen Gerechtigkeitsvorstellungen eine parlamentarische Stimme zu geben. In Hessen hat wohl vor allem die umfassende Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegung und der Gewerkschaften, der PDL die Positionen im Landtag gesichert. Zugleich zeigt das Stimmenpotential auch die Grenzen für eine linksreformistische Kraft

auf.

Bisher fehlen gesellschaftspolitisch geprägte Großkonflikte, die neue politische Positionierungen nach sich ziehen, wie in der Vergangenheit bei der Entstehung der „Grünen“ durch Energie- und Umweltfragen.

Die PDL ist darüber hinaus, organisiert und latent, dem Antikommunismus / Antisozialismus ausgesetzt, der immer noch beachtliche Wirkungen für das Massenbewusstsein hat. Eine möglicherweise kommende soziale Katastrophe ist für viele Menschen nicht erkennbar. Bei der Beurteilung, ob dies in der BRD denkbar wäre, gibt es auch im linken Spektrum unterschiedliche Meinungen. Die Integration eines Teils der PDL-Führungskräfte in den parlamentarisch strukturierten Apparat hinterlässt deutliche Auswirkungen auf inhaltliche Positionen, im Verhalten und im Politikverständnis – auch hier haben „Die Grünen“ vieles „vorgelebt“. Diese Korrumpierung durch Macht ist in der BRD ein Problem, auch weil die außerparlamentarische Kontrolle unterentwickelt ist.

Fazit: Die Wahl 2013 hat in der politischen Verfasstheit keine Verschiebungen gebracht, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Aber Vorsicht: So stabil, wie die Verhältnisse scheinen, sind sie nicht!

Welche Herausforderungen ergeben sich nach den Wahlen?

Die Schwierigkeiten bei der Herausbildung einer Koalition zur Bildung einer neuen Bundesregierung sind vielleicht ein Hinweis auf kommende politische Herausforderungen, die möglicherweise nicht mehr nur mit den alten Strukturen, Methoden und Mechanismen zu bewältigen sind.

Die Wahrscheinlichkeit spricht für eine Große Koalition als Bundesregierung, möglich ist eine Koalitionsvariante CDU/CSU mit den „Grünen“. Aktuell ist auch denkbar, dass alle Verhandlungen scheitern und Neuwahlen möglich werden. Eine Präferenz unsererseits für eine dieser Varianten kann ich nicht erkennen.

Ein Kernproblem ist und wird sich weiterentwickeln, die von ca. 80% der Bevölkerung als ungerecht, unsolidarisch empfundene Grundstruktur der Gesellschaft. Das Armut zunehmen wird, Bildungschancen je nach sozialer Herkunft sehr unterschiedlich sind, Reichtum als Ausdruck von Verteilungsungerechtigkeit wahrgenommen wird, dies sind mehrheitlich in der Bevölkerung vorhandene Sichtweisen. Das führt allerdings, wie wir wissen, nicht zu progressivem Bewusstsein und entsprechendem Handeln.

Von großer Bedeutung ist die Tatsache, dass die Legitimation von Kriegspolitik keine Mehrheitsposition in der Gesellschaft hat, wie noch zu Zeiten des Jugoslawien Krieges.

Die ökologische Katastrophe bedroht zunehmend mehr auch die jetzt lebende Generation und die Natur, wie der gerade veröffentlichte Bericht der weltweit vernetzten Klimaforscher zeigt.

Einerseits sind objektiv durch notwendige international vernetzte Prozesse nationale Rahmenbedingungen ein Hemmnis, andererseits entstehen ungeheure Widersprüche und Konflikte in der Welt, die als Bedrohung des eigenen Lebens empfunden werden und eher zu nationaler Abgeschlossenheit, bis hin zu Rassismus und Neofaschismus, führen. Die neoliberale Weltordnung wird instabiler, zeigt Risse und vor allem Unfähigkeit zur Lösung heran gereifter Problemstellung für Zukunftslösungen. Die hoch entwickelten Länder, wie die BRD, sind objektiv in einer besonderen Verantwortung, Probleme zu erkennen, zu bearbeiten und zu lösen. Die herrschende Politik dagegen reagiert bisher mit „alten“, im Prinzip untauglichen Mitteln (Krieg, Abschottung, Ignoranz), sie hält reaktionäre Lösungen vor. Die aktuelle Flüchtlingskatastrophe in Lampedusa unterstreicht dies.

Die herrschende Politik hält reaktionäre Varianten, bis hin zum Einsatz der Bundeswehr im

Inneren, vor, aber sie hat kein öffentlich nachvollziehbares politisches Projekt für Zukunftslösungen!!!

Die Parteien haben unterschiedlich ausgeprägt, aber doch tiefgreifende Probleme mit der Situation, bedingt durch die Krise des neoliberalen Kapitalismus. Die „Modernisierer“ der CDU, (Steuern / Mindestlohn / Frauenrechte / Bildungsoffensive / Zuwanderung) kommen in Konflikt mit konservativ bis reaktionären Teilen der Partei (CSU Maut für Ausländer, Bundeswehr Einsätze weltweit stärken; Rüstungsverkäufe). Der Konflikt kann zunehmen, falls Kanzlerin Merkels Klammerfunktion abnimmt, auch z.B. durch stärkere Auswirkungen der Krise in Deutschland.

Die SPD ist gespalten in solchen Fragen wie eine Beteiligung an einer Große Koalition oder einer Koalition mit der PDL und den Grünen, oder im Verhältnis zu gewerkschaftlichen Forderungen wie z. B. der Rente mit 65 Jahren, Mindestlöhne, die diesen Namen verdienen, oder der Reichensteuer; des grünen Umbaus der Industrie; in der Demokratiefrage, wie man auf die US Ausforschung der Bevölkerung der BRD durch US- Geheimdienste reagiert, welche Schlussfolgerungen aus den Naziverbrechen der NSU zu ziehen sind.

Es ist möglich dass dem Rückzug des SPD Kandidaten Steinbrück später eine Abrechnung mit dem SPD Vorsitzenden Gabriel folgen wird. Die SPD erscheint oft als politisch entleerte Partei. Vor diesem Hintergrund wächst die Einsicht über eine Selbstblockade durch die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der PDL in einer Koalition zusätzlich mit den Grünen neu zu diskutieren. Erkennbar ist dies von der Führung der SPD nicht gewollt.

Die FDP könnte weiter zerrieben werden, Machtbeteiligung alleine ist keine Option.

Spannend wird die Entwicklung der PDL, Gysi wird sein „Erbe“ organisieren. Sara Wagenknecht ist für viele Mitglieder dieser Partei akzeptabel für weitere Führungspositionen, für Gysi eher nicht. Wie könnte das oft beschworene Zugehen auf die SPD inhaltlich aussehen? Von Gregor Gysi gibt es bereits eine mögliche Zustimmung zu Bundeswehrensätzen mit UN - Mandat. Die Soziale Marktwirtschaft scheint akzeptierter in der PDL.

Auch aus intellektuellen Kreisen gibt es zur Zeit wenig Anstöße zu einer tatsächlichen Zukunftsdiskussion. Gleichzeitig wirken solche Krisen wie in Syrien, Fukushima, Lampedusa und die Krise des weltweiten Neoliberalismus. Was für ein Widerspruch!

Wo sind Alternativen und Perspektiven?

Ich möchte erneut unser politisches Kernelement unterstreichen: Wir unterstützen außerparlamentarische Bewegungen zu wichtigen Widersprüchen und Herausforderungen durch: formieren, initiieren, vorantreiben der Bewegung. Die Abstimmung Hamburg - unser Netz -, zeigt Möglichkeiten auf. Eine Wahlbeteiligung der DKP zur EU-Parlamentswahl, noch dazu mit dem jetzt vom Parteivorstand vorgeschlagenen Forderungen, ist aber keine Maßnahme zur Formierung, sondern zur Isolation der DKP.

Aus Bewegungen zu sozialen Problemen (Umfairteilen), gegen Banken und Konzerne (Occupy), gegen Umweltzerstörung (AKW; Fracking usw) Demokratieabbau (Bespitzelung), zu Frieden könnten Parlamente der außerparlamentarischen Bewegung auf vielen Ebenen entstehen. Sozialforen, die Bewegung „Europa von unten.“ die Migrationsbewegung, können Kräfte neu- oder wiedergewinnen: Gewerkschaften, wie in den Demonstrationen zu einem Politikwechsel vor der Wahl, ATTAC; die Partei „Die Linke“; die DKP, Grüne Bewegungen, die VVN/BdA, haben das Massenbewußtsein in einigen Fragen verändert! Syrien zeigt, Kriege sind so wie noch im Irak zur Zeit nicht durchsetzbar. Die Energiewende musste zu mindestens proklamiert werden. Der Bildungs- und Ausbildungssektor muss verändert werden.

Aber wir müssen auch die Defizite und Mängel von Bewegungen sehen, aussprechen und an Lösungen zu deren Überwindung arbeiten z.B. sich in den Gewerkschaften stärker einzumischen, um antikapitalistische Orientierung mit politischem Gestaltungsanspruch zu entwickeln,

verbindende Elemente in verschiedenen Einpunkt- Bewegungen zu diskutieren und diese Situation durch Vernetzung zu überwinden, Systemfragen zu diskutieren und Alternativen zu denken. Die Dimension internationaler Vernetzung zu diskutieren, begreifen und danach handeln.

Politische Veränderungen benötigen außerparlamentarischen Druck, offene Debatten, von uns das Einbringen gesellschaftspolitischer Fragestellungen. (ISW; MASCH; Transform, Marxistische Blätter u.s.w).

Die Alternative von links zu EU- Europa ist nicht „Raus aus der EU“ oder Nein zur EU, sondern: Europa von unten bis zur Forderung nach einem sozialistischen Europa zu entwickeln.

Die Eigentumsfragen ist teilweise „reif“ für massenwirksame Kampagnen. Die Ergebnisse der Abstimmung zu Hamburg unser Netz; gegen die Wasserprivatisierung in der EU; die Aktionen der internationalen Hafentarbeiter gegen das geplante Port Package waren erfolgreich! Jeder Schritt solcher Bewegung bewegt mehr als aussichtslose Wahlbeteiligungen.

Die Verantwortung der DKP

Nach den Wahlen, den hier beschriebenen Problemen, Widersprüchen, Konflikten, der zunehmenden Angst vor neuen Gefahren und gleichzeitig unterentwickelter Alternativ – und Perspektivbeschreibung und die Diskussion tragfähiger Projekte, ergibt sich die Verantwortung für uns Marxistinnen und Marxisten – ganz jenseits von parteiegoistischem Verhalten. Die BRD ist in der jeweiligen politischen Verfasstheit ein wichtiger Bezugspunkt für mögliche reaktionäre Entwicklungen bis hin zur „Barbarei“ oder andererseits zur Begünstigung von der Suche nach tragfähigen Lösungen oder Aktionen zur Veränderung in progressiver Richtung. Das sollten wir uns in unseren aktuellen Parteiauseinandersetzungen bewusst machen.

Wir haben eine große Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse unseres Landes und international.

Es wartet auch keine „austauschbare Variante“, die wir nach der DKP irgendwoher entwickeln könnten. Daher ist die politische Auseinandersetzung nach diesem 20. Parteitag und nach dieser Bundestags Wahl nötig. (Die Debatte „Beteiligung an Wahlen“ ist so alt, wie unsere Partei = 95 Jahre)

Zur EU-Parlamentswahl ist meine Meinung: Ich halte eine Beteiligung prinzipiell für möglich, aktuell für ausgeschlossen. Solange kein Forderungskatalog kollektiv und demokratisch erarbeitet und beschlossen wurde, keine Handlungsorientierung diskutiert und erarbeitet wurde und keine demokratisch legitimierte Kandidatenfindung und Aufstellung stattgefunden hat, sind wir kandidaturunfähig!

Aus meiner Sicht ist eine Erarbeitung politischer Forderungen zu den EU-Parlamentswahlen, auf der Grundlage des Parteiprogramms und der bisherigen wahlpolitischen Aussagen zu EU- Wahlen unabdingbar. Der bisher vom Parteivorstand vorgelegte Entwurf muss wesentlich verbessert werden.

Die DKP verteidigen heißt auch für mich, die politischen Erfolge und das kollektive Wissen der DKP zu verteidigen. Ich bin mir sicher, die Praxis bleibt das Kriterium für die Wahrheit. Fehler werden korrigiert – allerdings bleibt die Frage: Wie hoch wird der Preis sein? Meinen Optimismus ziehe ich auch aus der Erkenntnis, dass auf den Kapitalismus „Verlass“ ist.

Unsere wissenschaftliche Weltanschauung ist sehr gut geeignet, Antworten zu finden.